

KORRUPTION

Siemens sucht Vergleich mit Griechenland

Im Streit zwischen dem Siemens-Konzern und der griechischen Regierung über eine milliardenschwere Schadensersatzforderung gibt es erste Gespräche über einen möglichen Vergleich. Siemens soll jahrelang Entscheidungsträger beim früheren staatlichen Telekommunikationskonzern OTE mit Millionensummen geschmiert haben, um an lukrative Verträge in Griechenland zu gelangen. Auch an Politiker soll Geld für öffentliche Aufträge geflossen sein – die genauen Empfänger sind aber trotz intensiver Ermittlungen von Staatsanwälten in München und Athen sowie von Siemens selbst bis heute verborgen geblieben. Eine Kommission des Athener Parlaments fordert mindestens zwei Milliarden Euro Schadensersatz von Siemens. Die Politiker waren im vergangenen



Löscher

Herbst sogar nach Deutschland gereist, auch um Siemens-Vorstandschef Peter Löscher und Rechtsvorstand Peter Solmssen zu den Bestechungsfällen zu befragen. Die Parlamentarier wollten wissen, welche Politiker geschmiert wurden. Das können aber womöglich nur die ehemaligen Top-Manager von Siemens Griechenland sagen, doch die schweigen beharrlich. Siemens hatte bisher alle Forderungen als „unbegründet“ zurückgewiesen. Man habe selbst noch mehrere Rechnungen mit dem griechischen Staat offen, heißt es in München. Die Griechen schulden Siemens demnach einen niedrigen dreistelligen Millionenbetrag. Unter anderem stehen Zahlungen aus einem Sicherheitsprojekt für die Olympischen Spiele 2004 aus, das ebenfalls unter Schmiergeldverdacht stand. Diese Gelder könnten nun Bestandteil eines möglichen Vergleichs sein. Bei Siemens wollte man sich dazu nicht äußern. Man sei aber „grundsätzlich im regelmäßigen Austausch mit den Griechen“, heißt es.

AFFÄREN

Undichte Stelle

Bei einem ihrer spektakulärsten Strafverfahren ist der Münchner Staatsanwaltschaft offenbar ein peinlicher Patzer passiert. Zurzeit ermittelt sie gegen rund 30 Beschuldigte wegen des Verdachts auf Insider-Handel und Marktmanipulation bei knapp zwei Dutzend börsennotierten Unternehmen. Zwei der mutmaßlich Beteiligten sitzen seit einer Großrazzia Ende Sep-



Straub 2002

tember vergangenen Jahres in Haft. Beide, Tobias Bosler und Markus Straub, waren früher Funktionäre der Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger. Ein dritter Beschuldigter, der Börsenbrief-Herausgeber Stefan Fiebach, befindet sich seit Ende Januar wieder auf freiem Fuß. Alle drei erhielten vor ihrer Verhaftung am 21. September 2010 einen Tipp zur geplanten Razzia, sie hätten sich der Festnahme also entziehen können. Die Verfahren gegen sie, heißt es in einem anonymen Brief, der zwei Wochen zuvor an alle drei Männer ging, hätten eine „unangenehme Phase“ erreicht, das „Zeitfenster für Gegenmaßnahmen“ schließe sich in wenigen Tagen. Der Absender verfüge über „lebenswichtige Informationen“ für die Empfänger und habe sie bei einer Frankfurter Anwaltskanzlei hinterlegt. Als Gegenleistung erwarte er allerdings einen finanziellen Ausgleich. Gleichzeitig bittet der Briefschreiber, das Dokument vertraulich zu behandeln und nach Lektüre zu vernichten. Die Anwälte der drei Beschuldigten waren entweder nicht erreichbar oder wollten sich zu dem Vorgang nicht äußern. Eine Sprecherin der Münchner Staatsanwaltschaft lehnte jeden Kommentar zu der undichten Stelle unter den Ermittlern ab.

78.000 Stunden still sitzen? Sie haben Besseres verdient.*

ON® Wilkhahn.



* Soviel Sitzzeit addiert sich im Laufe eines Bürolebens. Die Folgen: Kopf- und Rückenschmerzen, Verspannungen, Müdigkeit. ON® macht Schluss damit! Denn die patentierte Trimension® fördert die dreidimensionale Beweglichkeit des Körpers beim Sitzen. Natürlich. Aktivierend. Sicher. Worauf warten Sie noch? Testen Sie den Stuhl, den Sie verdienen! ON® gibt es jetzt in Ihrer Nähe – überraschend günstig! Mehr Infos unter www.wilkhahn.de/on

